

315088-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Umbau zu Sozialrathaus - Dr.-Engert-Str. 4 in Dachau

OJ S 88/2026 07/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Große Kreisstadt Dachau

E-Mail: tgm@dachau.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Umbau zu Sozialrathaus - Dr.-Engert-Str. 4 in Dachau

Beschreibung: Der Auftrag umfasst die Planungsleistungen nach § 33 ff HOAI in Verbindung mit Anlage 10, Leistungsphasen 5-9 für den Umbau zu einem Sozialrathaus in der Dr.-Engert-Str. 4 in Dachau

Kennung des Verfahrens: 5ab401f7-17e9-43eb-8417-32bfc67d9dfa

Interne Kennung: Architekt

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Dachau (DE217)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Der Bewerber wird darauf hingewiesen, dass Antworten auf gestellte Fragen im Zuge des Teilnahmewettbewerbs (Bewerbungsverfahren) auf <https://www.staatsanzeiger-eservices.de/> eingestellt werden. Der Bewerber hat sich eigenverantwortlich laufend darüber zu informieren. Fragen zu den Unterlagen dürfen nur über das Onlineportal Staatsanzeiger eServices gestellt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers. Sämtlicher Schriftverkehr an Arbeitsgemeinschaften wird ausschließlich über die in der Vergabepattform von der Arbeitsgemeinschaft bekannt gegebene E-Mail-Adresse geführt. Angaben zur Verhandlung: Unter Umständen fordert der öffentliche Auftraggeber die

Bieter auf, ein finales Angebot (oder auch nur Teile des Angebotes) nach Verhandlung einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor den Zuschlag bereits auf das Erstangebot zu erteilen. Gemäß EU-Verordnung 2022/576 ist es erforderlich, eine Eigenerklärung zum Russlandbezug abzugeben. Bindefrist: Das Angebot muss 4 Monate gültig bleiben (ab dem Schlusstermin des Eingangs des Angebots).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Betrug: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

Zahlungsunfähigkeit: Durch Beiblatt A zu bestätigen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Umbau zu Sozialrathaus - Dr.-Engert-Str. 4 in Dachau - Architekt

Beschreibung: Die Stadt Dachau beabsichtigt die Sanierung eines unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes, welches im Jahr 1925 errichtet wurde. Das Gebäude steht seit einigen Jahren leer und soll zukünftig als Verwaltungsgebäude zur Erweiterung des bestehenden Rathauses genutzt werden. Die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI wurden bereits erbracht. Da weitere Leistungsphasen beim bestehenden Vertrag nicht mehr abgerufen werden, erfolgt eine Neuausschreibung der Leistungsphasen 5-9. Es liegen bereits diverse Fachgutachten (Schadstoffuntersuchung, Brandschutzgutachten etc.) vor und ein Antrag für Städtebauförderung ist erfolgt. Hierzu liegt die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn bereits vor. Ein Bauantrag wurde ebenfalls bereits gestellt. Die Baugenehmigung ist jedoch noch ausstehend. Die denkmalschutzrechtliche Erlaubnis ist beantragt worden. Das Gebäude soll unter Berücksichtigung der denkmalschutzpflegerischen Beläge so ertüchtigt werden, dass zukünftig eine barrierefreie Erschließung gegeben ist. Die weiteren Planungsphasen müssen auf Grundlage der bestehenden bereits erstellten Planungsergebnisse aufbauen. Die zu beteiligenden Fachingenieure sind für die weiteren Planungsleistungen bereits beauftragt.

Interne Kennung: Architekt

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufe 1 - LPH 5-7 Stufe 2 - LPH 8-9 Die Beauftragung erfolgt stufenweise, zunächst für die Stufe 1. Es ist beabsichtigt, weitere Stufen zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung der Stufe 2 besteht jedoch nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Dachau (DE217)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/10/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2032

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,#Besonders auch

geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die fristgerechte Vorlage (Abgabe mit

Teilnahmeantrag) der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte

Bewerbungsbogen (rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle, technische, berufliche Leistungsfähigkeit, Teilnahmebedingungen) in Textform. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, maximal 2 Punkte. Technische Leistungsfähigkeit Bürokapazität, Personalstärke, durchschnittliche Anzahl der festangestellten Beschäftigten in den letzten 3 Jahren mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung, maximal 4 Punkte. Referenzen Referenzen für Aufträge nach HOAI § 33 ff in Verbindung mit Anlage 10 bei denen die Leistungsphase 8 im Zeitraum von 03/2019 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung abgeschlossen wurde. Es können maximal 3 Referenzen eingereicht werden, es müssen jedoch mindestens 2 wertbare Referenzen abgegeben werden, um im weiteren Verfahren Berücksichtigung zu finden. In die Bewertung werden jedoch nur die zwei Referenzen mit der höchsten Punktzahl einbezogen (siehe Formblatt Eignungskriterien Teilnahmewettbewerb). Der Auftraggeber behält sich vor, Referenzauskünfte einzuholen. Beim Kriterium Referenzen können maximal 24 Punkte erreicht werden. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punktzahl für die Auswahl maßgebend. Die Bewertung erfolgt nach folgender Aufstellung: maximale Punktzahl/Gewichtung/erreichte Punktzahl. Sofern mehrere Bewerber die Kriterien in gleichem Maße erfüllen, entscheidet gemäß § 75 (6) VgV das Los. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden entsprechende Formblätter mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Durchschnitt der in den letzten 3 Jahren festangestellten Beschäftigten mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung max. 4 Punkte bei ≥ 7 festangestellten Mitarbeitern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzen (die Angaben sind im Formblatt B zu machen), Referenzportfolio, Kontaktdaten des Auftraggebers, Auskunftsstelle, Art des Auftraggebers (informelle Angaben), Abschluss der Leistungsphase 8 zwingend im Zeitraum von 03/2019 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung, erbrachte Leistungsphasen gemäß HOAI (max. 2 Punkte bei LPH 5-8), Gegenstand des Auftrags bei Umbau / Sanierung eines Gebäudes max. 3 Punkte, Projektgegenstand nach HOAI § 33 ff in Verbindung mit Anlage 10 für Gebäude mit Planungsanforderungen von mindestens Honorarzone III oder höher (max. 1 Punkt), Angabe der Größenordnung des Projektes durch Angabe Baukosten (KG 200-400), bei $\geq 2,3$ Mio. € netto (max. 3 Punkte), für Maßnahmen im Denkmalschutz (zusätzlich 1 Punkt), für geförderte Maßnahmen (zusätzlich 1 Punkt), für Baumaßnahmen vergleichbar Büro / Verwaltungsgebäude (max. 1 Punkt). Auch bei Bewerbung als Arbeitsgemeinschaft können in Summe nur maximal 3 Referenzprojekte (Formblatt B) eingereicht werden. Die zwei besten (höchste erreichte Punktzahl) Referenzen werden gewertet.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zugelassen ist, wer nach den Architekten-/Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt/in oder Ingenieur/in zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt/in oder Ingenieur/in tätig zu werden. Die verantwortlichen Planer müssen über eine angemessene Berufserfahrung verfügen. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe eine/n entsprechende/n Architekt/in oder Ingenieur/in benennen, der die entsprechende Bauvorlageberechtigung hat. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Für den Teilnahmeantrag ist ein Bewerbungsbogen zu verwenden, der unter https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekVuUrl?z_param=325261 heruntergeladen werden kann. Zur Angabe der Nachweise ist der Bewerbungsbogen vollständig ausgefüllt in Textform mit Angabe des Namens der natürlichen Person einzureichen. Geforderte Nachweise sind: Soweit der Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem entsprechenden Register (z. B. Handelsregister) nicht älter als 12 Monate bezogen auf das Datum der Absendung der Bekanntmachung oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (ggf. in Kopie). Erklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe gegen ihn vorliegen gemäß §§ 123 und 124 GWB. Die vollständigen, abschließenden Anforderungen bzw. Bedingungen ergeben sich ausschließlich aus den Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen in Euro/netto im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre max. 2 Punkte bei ≥ 600.000 EUR netto. Bei Arbeitsgemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der ARGE einzeln anzugeben. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung durch Vorlage einer gültigen Versicherungsbestätigung bezogen auf den Tag der Abgabe des Teilnahmeantrags oder eine Bestätigung des Versicherungsunternehmens über die geforderte Deckung für das ausgelobte Projekt im Auftragsfall. Bei Arbeitsgemeinschaften muss eine Versicherung für alle ARGE-Mitglieder gemeinsam nachgewiesen werden. Die Bestätigung muss also gerade auf die Bietergemeinschaft lauten. Alternativ kann jedes ARGE-Mitglied alleine eine Versicherung in der geforderten Höhe nachweisen, jedoch muss jeder Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die Tätigkeit der ARGE gesamtschuldnerisch mitversichert ist. Des Weiteren muss der Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die geforderten Deckungssummen mindestens 2-fach pro Jahr zur Verfügung stehen. Die geforderten Mindestdeckungssummen belaufen sich für Personenschäden auf $\geq 1,5$ Mio. EUR, für sonstige Schäden auf $\geq 0,5$ Mio. EUR. Sollten die Nachweise nicht entsprechend vorgelegt werden, erfolgt ein Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Honorar

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Tagesordnungspunkte der Einladung zum Verhandlungsgespräch

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFFormsBekVuUrl?z_param=325261

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 29/06/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.staatsanzeiger-eservices.de/>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 09/06/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit: - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe, - der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Große Kreisstadt Dachau

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Große Kreisstadt Dachau

Registrierungsnummer: 0000

Stadt: Dachau

Postleitzahl: 85221

Land, Gliederung (NUTS): Dachau (DE217)

Land: Deutschland

E-Mail: tgm@dachau.de

Telefon: +49 813175204

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Registrierungsnummer: 0001

Stadt: München

Postleitzahl: 80538

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4bb6afb5-2c5d-4bd7-b1d3-c9fb693f8a57 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/05/2026 14:28:15 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 315088-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 88/2026
Datum der Veröffentlichung: 07/05/2026